

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg

am Freitag, 19.12.2008, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD: Aab, Acker, Backes, Becker, Böttcher, Brahms, Daser, Dinnebir Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Dr. Rausch, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

CDU: Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Mehnert, Oppermann, Pfalz, Dr. Röder, Röhrkohl Sauer, Schaffner, Scherer, Prof. Dr. Simon, Stompfe, Dr. Wulff

GRÜNE: Dr. Baumann, Busch, Dorn, Floherschütz, Göttling, Neuwohner, Dr. Perabo, Schäfer, Dr. Therre-Staal, Weber-Hofmann

Marburger Linke: Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Gottschaldt, Metz, Schäfer

FDP: Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel

MBL: Ludwig, Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stötzel
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:

Stadtverordnete Adsan (Marburger Linke), Lohse (CDU) und Vaupel (CDU)

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll

zu 1 **Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 17:04 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

zu 2 **Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 28.11.2008 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Die Niederschrift gilt somit in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

zu 3 **Ergänzungen der Tagesordnung**

Zur heutigen Tagesordnung liegt ein Dringlichkeitsantrag vor.

Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Bauvorhaben am Erlenring VO/0899/2008

Die Dringlichkeit wird zusätzlich mündlich begründet durch den Stadtverordneten Jannasch (CDU). Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Flohrschütz (Bündnis 90/Die Grünen). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU, FDP, MBL und Marburger Linke die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3 Mehrheit des Hauses jedoch nicht erreicht.

Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der dringliche Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Zur weiteren Tagesordnung berichtet der Stadtverordnetenvorsteher aus den letzten beiden Sitzungen des Ältestenrates. Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, in der heutigen Sitzung als einzige Aussprache die Haushaltsberatung durchzuführen. Die restlichen Tagesordnungspunkte ohne Aussprache werden abgestimmt. Alle Tagesordnungspunkte, die mit einem Aussprachewunsch versehen sind, werden bis zur Januar-Sitzung 2009 vertagt und in dieser Sitzung abschließend beraten, so dass kein Überhang für die Februar-Sitzung entsteht. Die Februar-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung soll bereits um 14:30 Uhr beginnen, damit genügend Debattenzeit vorhanden ist und die Tagesordnung abgearbeitet werden kann.

Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt weiterhin einen Überblick über die Tagesordnung und die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachen und empfohlenen Zurückstellungen.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 4 Fragestunde

**zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 1 12/2008)
Vorlage: VO/0906/2008**

Im Stadtteil Neuhöfe wohnen etliche Bürger an einem Feldweg, der seit Jahren in sehr schlechtem Zustand ist. Trotz mehrmaliger Bitte an den Ortsbeirat und an die Stadtverwaltung weigert sich der Ortsvorsteher, diesen Weg aus dem Feldwegebudget zu sanieren. Welche Möglichkeiten gibt es, diesen Bürgern zu helfen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In dem betroffenen Abschnitt des Feldweges befinden sich zwei Wohnhäuser mit zusammen sechs Bewohnern. In den Jahren 2004 und 2006 sind Unterhaltungsmaßnahmen aus dem Feldwegebudget durch den Ortsvorsteher beauftragt worden. Im laufenden Jahr wurden die Mittel anderweitig verwendet, so dass keine Spielräume mehr für die Instandhaltung dieses Feldweges vorhanden waren. Mit den Mitteln des neuen Haushaltes können auch wieder Reparaturarbeiten durchgeführt werden.

Innerhalb der Stadtverwaltung soll geklärt werden, ob der Feldweg zu dem früheren Aussiedlerhof mit Nebengebäude durch ein Planverfahren zur Gemeindestraße gewidmet werden oder ob der jetzige Status als Feldweg erhalten bleiben soll.

**zu 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 2 12/2008)
Vorlage: VO/0908/2008**

Liegen gegen die geplante Bebauung des Geländes neben der ehemaligen Volksbank Am Grün Einsprüche vor und/oder wurden rechtliche Schritte unternommen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Für die Errichtung eines Mehrfamilienwohnhauses auf dem Parkplatz der ehemaligen Volksbank Am Grün wurde von der Bauherrschaft eine Bauvoranfrage gestellt. Gegenstand dieser Voranfrage war u. a. die Prüfung der

Zulässigkeit der grenznahen Baubauung zu dem südlichen Nachbargrundstück. Nach Errichtung des Gebäudes sollten die Abstandsflächen vor den südlichen Außenwänden teilweise auf dem vg. Nachbarflurstück liegen. Hierfür wäre die Zulassung einer Abweichung von § 6 Abs. 2 Hess. Bauordnung (HBO) erforderlich. Der § 6 HBO ist grundsätzlich auch nachbarschützend. Daher wurde im Verfahren auch der betroffene Nachbar angehört.

Nach der Prüfung dieses Antrages, unter Berücksichtigung der Einwendungen des Nachbarn, musste festgestellt werden, dass diese Abweichung nicht zugelassen werden kann, da die Voraussetzungen hierfür nicht vorlagen.

Eine Reduzierung des Grenzabstandes entsprechend der vorgelegten Planung wäre aus städtebaulicher Sicht vertretbar gewesen. Auch die Beiräte haben dem Entwurf zugestimmt. Der Nachbar besteht jedoch auf Einhaltung des erforderlichen Grenzabstandes. Da zweifelsfrei auch eine Bebauung des Grundstückes möglich ist, die sich in die nähere Umgebung einfügt und den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestabstand zur Grundstücksgrenze einhält, konnte für die geplante grenznahe Bebauung keine Baugenehmigung in Aussicht gestellt werden.

Dementsprechend wurde die Bauvoranfrage negativ beschieden.

Sonstige Einwendungen oder rechtlichen Schritte gegen das Bauvorhaben sind nicht bekannt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls von Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 3 12/2008)

Vorlage: VO/0909/2008

Ist das Gelände neben der ehemaligen Volksbank Am Grün Bauvoranfrage gestellt und wie ist sie ggf. beschieden worden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Für die Errichtung eines Mehrfamilienwohnhauses auf dem Parkplatz der ehemaligen Volksbank Am Grün wurde von der Bauherrschaft eine Bauvoranfrage gestellt. Gegenstand dieser Voranfrage war u. a. die Prüfung der Zulässigkeit der grenznahen Baubauung zu dem südlichen Nachbargrundstück.

Nach Errichtung des Gebäudes sollten die Abstandsflächen vor den südlichen Außenwänden teilweise auf dem vg. Nachbarflurstück liegen. Hierfür wäre die Zulassung einer Abweichung von § 6 Abs. 2 Hess. Bauordnung (HBO) erforderlich. Der § 6 HBO ist grundsätzlich auch nachbarschützend. Daher wurde im Verfahren auch der betroffene Nachbar angehört.

Nach der Prüfung dieses Antrages, unter Berücksichtigung der Einwendungen des Nachbarn, musste festgestellt werden, dass diese Abweichung nicht zugelassen werden kann, da die Voraussetzungen hierfür nicht vorlagen.

Eine Reduzierung des Grenzabstandes entsprechend der vorgelegten Planung wäre aus städtebaulicher Sicht vertretbar gewesen. Auch die Beiräte haben dem Entwurf zugestimmt. Der Nachbar besteht jedoch auf Einhaltung des erforderlichen Grenzabstandes. Da zweifelsfrei auch eine Bebauung des Grundstückes möglich ist, die sich in die nähere Umgebung einfügt und den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestabstand zur Grundstücksgrenze einhält, konnte für die geplante grenznahe Bebauung keine Baugenehmigung in Aussicht

gestellt werden.

Dementsprechend wurde die Bauvoranfrage negativ beschieden.

Sonstige Einwendungen oder rechtlichen Schritte gegen das Bauvorhaben sind nicht bekannt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls von Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

**zu 4.4 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Johanna Busch (Nr. 4 12/2008)
Vorlage: VO/0894/2008**

Wie viele Wohnungen im Bestand der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft in Marburg unterliegen derzeit einer Mietpreisbindung?

Wie viele von diesen Wohnungen werden in den nächsten fünf Jahren aus der Preisbindung herausfallen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Derzeit unterliegen noch 2718 Wohnungen in Marburg einer Mietpreis- und Belegungsbindung.

In den nächsten fünf Jahren werden davon 275 Wohnungen aus der Mietpreis- und Belegungsbindung herausfallen.

**zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Christiane Gottschaldt (Nr. 5 12/2008)
Vorlage: VO/0912/2008**

Auf welche Weise können sich Bürger und Stadtverordnete rasch und einfach einen Überblick darüber verschaffen, inwieweit Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung durchgesetzt sind?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Zum Thema Beschlussverfolgung hatte es bereits zu Beginn des Jahres eine Kleine Anfrage durch den Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth gegeben.

Zum Zeitpunkt der Beantwortung der Anfrage sah es aus, als könne die Umsetzung bis zum Sommer diesen Jahres möglich sein.

Die Realität hat jedoch gezeigt, dass der Umsetzung größere technische Schwierigkeiten entgegenstehen, die bis zum heutigen Zeitpunkt noch nicht ausgeräumt werden konnten.

Hintergrund ist der, dass die Beschlussverfolgung in dem Sitzungsdienstprogramm ALLRIS über einen sog. WebClient (also internetbasiert) realisiert wird, der allerdings noch nicht erfolgreich in unsere EDV-Umgebung installiert werden konnte.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass es auch im besonderen Interesse der

Verwaltung ist, dass die Beschlussverfolgung schnellstmöglich realisiert wird, so dass mit Hochdruck an der Umsetzung gearbeitet wird.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschaldt (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Gottschaldt (Nr. 6 12/2008)
Vorlage: VO/0903/2008**

Welche Möglichkeiten haben minderjährige Jugendliche in Marburg sich im Fall von Konflikten in der Familie, der Schule, der Gesellschaft allgemein rechtlich beraten zu lassen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Eine rechtliche Beratung darf im Rahmen der Jugendhilfe nicht stattfinden, jedoch gibt es in den vielfältigen Angeboten der Jugendhilfe jeweils Möglichkeiten der allgemeinen Lebensberatung, gerade auch in jugendspezifischer Form.

Neu in Marburg ist die rechtliche Beratung durch das Marburger Jugendrechtshaus. Dieses Angebot ist nach Angaben des Bundesverbandes der Jugendrechtshäuser Deutschland e.V. (<http://www.jugendrechtshaus.de/hessen.html>) noch exklusiv in Hessen und hat die folgenden Aufgaben im Bereich Beratung und Vermittlung im Einzelfall:

Das Jugendrechtshaus als rechtspädagogische Anlauf-, (Rechts-) Beratungs- und Vermittlungsstelle

- **Pädagogische Einzel-(Lebens-)Beratung** bei Sorgen und Nöten einschließlich Mobbing durch Fachkräfte.
- **Rechtsberatung** für Kinder und Jugendliche; Aussteigerhilfe für delinquente junge Menschen mit Hilfe von Rechtsanwälten
- Professionelle **Streitschlichtungen** durch Teameinsätze von Pädagogen und Juristen des Jugendrechtshauses bei massiven Interaktions- und Kommunikationsstörungen in Gruppen.
- **Juristisch-pädagogische Beratung** für Eltern, Betreuer, Erzieher und Lehrkräfte, wenn sie Rechtsfragen im Zusammenhang mit den von ihnen zu betreuenden Kindern und Jugendlichen haben.
- **Vermittlung** an Fachstellen.

Das Marburger Jugendrechtshaus ist mittwochs von 16 bis 18 Uhr im VHS-Gebäude in der Deutschhausstraße geöffnet und unter 0152-05389540 erreichbar.

**zu 4.7 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 7 12/2008)
Vorlage: VO/0904/2008**

Welche Marburger Vereine, Verbände, Organisationen etc. pflegen den regelmäßigen Kontakt und die Kommunikation mit entsprechenden Vereinen in der Partnerstadt Eisenach?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Magistrat hat keine offiziellen Informationen darüber, welche Vereine, Verbände oder Organisationen aus den unterschiedlichsten Bereichen Kontakte mit den Partnern in Eisenach pflegen, da es hierfür keine städtischen Zuschüsse gibt, aus deren Abrechnung man dies nachvollziehen könnte. Es bestehen jedoch vielfältige Verbindungen, die über die Jahre oftmals auch auf der persönlichen bzw. privaten Ebene gepflegt werden, was aus Kenntnis des Magistrats insbesondere für die Stadtteilgemeinden zutrifft.

Hier hat es also seit der seinerzeitigen Städtepartnerschaft, die vor 20 Jahren unter schwierigen Bedingungen zustande gekommen ist, eine Verselbstständigung in den Beziehungen auf den unterschiedlichsten Ebenen gegeben, die keiner offiziellen Begleitung mehr bedürfen. Damit ist eigentlich der Idealzustand einer Städtepartnerschaft insoweit erreicht, als es einer offiziellen Unterstützung der vielfältigen Kontakte nicht mehr bedarf.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 8 12/2008)
Vorlage: VO/0913/2008**

Was sind die Kriterien dafür, dass Marburger Einzelhändler das Rathaus für Geschäftsordnung, Jubiläum, Präsentation u. ä. nutzen können?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Rathaus sowie dessen repräsentative Räume steht grundsätzlich allen Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Verbänden, Unternehmen und natürlich auch Marburger Einzelhändlern für ihre Veranstaltungen zur Verfügung, sofern Art und Inhalt der Veranstaltung mit den räumlichen Gegebenheiten und dem besonderen Stellenwert des Hauses zu vereinbaren ist.

Grundlage einer Überlassung ist die vom Magistrat beschlossene „Benutzungs- und Gebührenordnung für Räumlichkeiten im Historischen Rathaus sowie im Gebäude Barfüßerstr. 50“. Hierin sind die öffentlich nutzbaren Räumlichkeiten aufgelistet und eine grundsätzlich zu erhebende Benutzungsgebühr geregelt. Über die Überlassung entscheidet der Oberbürgermeister, der im Einzelfall auch eine Ermäßigung oder einen Erlass der Benutzungsgebühren gewähren kann.

**zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 9 12/2008)
Vorlage: VO/0905/2008**

In der Frankfurter Straße ist an den beanstandeten Bürgersteigen noch nichts geschehen. Steht der Bürgermeister noch zu seinem Wort, dass in diesem Jahr eine Reparatur vorgenommen wird?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Wegen eines finanziellen Engpasses im Fachdienst Tiefbau konnten auf den Gehwegen in der Frankfurter Straße keine Reparaturen mehr ausgeführt werden. Für den neuen Haushalt sind aber zusätzliche Mittel für die Gehwege in der Frankfurter Straße angemeldet worden, so dass bei geeigneter Witterung schon bald im neuen Jahr mit den Reparaturmaßnahmen begonnen werden kann.

**zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 10 12/2008)
Vorlage: VO/0907/2008**

Bei der Übergabe der Unterschriftenlisten gegen den Rückbau der Universitätsstraße hat der Oberbürgermeister geäußert: „Er nehme die Unterschriften sehr ernst“. Hat das irgendwelche Auswirkungen auf die Art des Umbaus gehabt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Zunächst einmal hat die Unterschriftenliste gezeigt, dass ein erhöhter Informationsbedarf besteht. Denn die Universitätsstraße soll nicht zurückgebaut werden. Deshalb war dem Magistrat eine ausführliche ergänzende Bürgerinformation wichtig, die zwischenzeitlich großflächig verteilt wurde.

Ferner wird die Unterschriftenliste dazu beitragen, dass größte Anstrengungen unternommen werden, die Arbeiten effizient durchzuführen und den Zeitplan einzuhalten.

**zu 5 Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2008 bis 2012 der
Universitätsstadt Marburg, Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009
mit ihren Anlagen und Stellenplan 2009
- 2. Lesung und Beschlussfassung - TISCHVORLAGE**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Haushalt für das Jahr 2009 ausführlich beraten und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dem ersten Doppik-Haushalt der Universitätsstadt Marburg.

Für die heutige Beschlussfassung liegen allen Stadtverordneten folgende Unterlagen vor:

1. Liste der beantragten Einzelabstimmungen
2. Liste 1 – Anträge zum Haushalt 2009, die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlen wurden.
3. Liste 2 – Anträge zum Haushalt 2009, die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlen wurden.
4. Gesamtvorlage Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2009 bis 2012, Haushaltssatzung und Stellenplan der

Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2009.

Wie der Stadtverordnetenvorsteher ausführt, orientieren sich die im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten an der auch in den vergangenen Jahren praktizierten Regelung. Es stehen folgende Redezeiten zur Verfügung:

SPD – 45 Minuten
CDU – 44 Minuten
Bündnis 90/Die Grünen – 30 Minuten
Marburger Linke – 23 Minuten
FDP – 20 Minuten
MBL – 18 Minuten

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache.

Im Rahmen der Haushaltsdebatte sprechen die Stadtverordneten Becker (SPD), Stompfe (CDU), Dorn (Bündnis 90/Die Grünen), Metz (Marburger Linke), Schwebel (FDP), Dr. Uchtmann (MBL), Severin (SPD), Oppermann (CDU), Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen), Sawalies (FDP), Dinnebieer (SPD), Gottschlich (CDU), Göttling (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Röder (CDU), Weidemann (SPD), Metz (Marburger Linke), Becker (SPD) und Pfalz (CDU). Für den Magistrat spricht Oberbürgermeister Vaupel als Kämmerer.

Der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) hat im Rahmen seines Wortbeitrages noch drei Nachmeldungen zum Finanzhaushalt vorgetragen, die im Rahmen der Haushaltsberatungen versehentlich verloren gegangen sind. Die Aufstellung über diese drei Anträge liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Während der Aussprache hat von 18:40 Uhr bis 19:05 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wulff (CDU) die Sitzungsleitung übernommen.

Weiter hat zwischen 20:20 Uhr und 20:43 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung übernommen.

Nach Beendigung der Aussprache folgenden die einzelnen Beschlüsse.

Zunächst ruft der Stadtverordnetenvorsteher die vom Stadtverordneten Göttling nachgemeldeten Anträge der Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf. Im Einzelnen handelt es sich um die Produkte 16 10 30 'Strategische Stadtplanung' + 30.000 € Synagoge, + 220.000 € Ideenwettbewerb Rudolphsplatz und + 15.000 € Rahmenplan Ockershäuser, hier: Landschafts-Pflegekonzept.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und FDP, bei Nein-Stimmen der CDU und der MBL folgenden Beschluss:

Die nachgemeldeten Beträge für den Finanzhaushalt 2009 werden beschlossen.

Weiterhin ruft der Stadtverordnetenvorsteher die allen Mitgliedern des Hauses vorliegende Übersicht der Einzelabstimmungen aus dem Haupt- und Finanzausschuss zur Abstimmung auf.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über jede der aufgeführten Positionen einzeln abstimmen.

Die Übersicht über die Positionen, Summen und Abstimmungsverhältnisse, sowie

das Abstimmungsergebnis ist in einer Tabelle zusammen gefasst, die dieser Niederschrift als Anlage beiliegt.

Abstimmung über die Liste II der vom Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlenen Anträge

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU und MBL, sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP folgenden Beschluss:

Die Anträge werden abgelehnt.

Abstimmung über die Liste I der vom der vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlenen Anträge

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, gegen die Stimmen der CDU, Marburger Linken und MBL folgenden Beschluss:

Die Anträge werden angenommen.

Abstimmung über die Gesamtvorlage zum Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2009 bis 2012, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2009

Die Stadtverordnetenversammlung fasst zu I. der Gesamtvorlage mit den Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, gegen die Stimmen der CDU, MBL und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Gemäß § 114h Abs. 3 der Hess. Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 1. April 2005 (GVBl. 2005 I S. 142 ff.) wird das vorgelegte Investitionsprogramm der Stadt Marburg für den Planungszeitraum 2009 bis 2012 mit einem Volumen von 98.106.000 € zu beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst zu II. der Gesamtvorlage mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, gegen die Stimmen der CDU und der MBL, bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für die allgemeine Verwaltung wird auf 108,881 Beamten- und 629,591 Beschäftigtenstellen nach TVöD festgesetzt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, gegen die Stimmen der CDU, der Marburger Linken und der MBL folgenden Beschluss:

Aufgrund der §§ 114a ff. HGO wird die folgende Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2009 zu beschließen:

**Haushaltssatzung
der Universitätsstadt Marburg
für das Haushaltsjahr
2 0 0 9**

Aufgrund der §§ 114a ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07. März 2005 (GVBl. 2005 I S. 142 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. November 2007 (GVBl. 2007 I S. 757), hat die Stadtverordnetenversammlung am 19. Dezember 2008 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 wird

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf

167.957.000 €

mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf

165.848.000 €

im außerordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf

0 €

mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf

0 €

mit einem Überschuss von

2.109.000 €

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen

aus laufender Verwaltungstätigkeit auf

5.232.000 €

und dem Gesamtbetrag der

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf

13.737.000 €

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf

31.018.000 €

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf

2.934.000 €

Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf

3.929.000 €

mit einem Finanzmittelfehlbedarf des Haushaltsjahres von

13.044.000 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2009 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 2.934.000 € festgesetzt.

Darin sind Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds

Abteilung A	1.720.000 €
Abteilung B	1.214.000 €

enthalten.

Der Gesamtbetrag der Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds, über die im Haushaltsjahr Verträge abgeschlossen werden sollen und die in künftigen Haushaltsjahren zur Auszahlung anstehen, wird auf 2.800.000 € festgesetzt.

Die Investitionsfondskredite verteilen sich wie folgt:

2010	1.000.000 €
2011	1.000.000 €
2012	800.000 €

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2009 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 19.129.300 € festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2009 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2009 wie folgt festgesetzt:

- | | | | |
|----|------------------|--|-----------|
| 1. | Grundsteuer a) | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 280 v. H. |
| | b) | für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 330 v. H. |
| 2. | Gewerbsteuer auf | | 370 v. H. |

§ 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Gemäß § 114g Abs. 1 Satz 2 HGO wird dem Haupt- und Finanzausschuss die Zuständigkeit für die Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in folgenden Fällen übertragen:

Haushaltsteil	Überschreitung des Haushaltsansatzes ab	und/oder absoluter Betrag ab
Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt (konsumtiv)	20 %	10.000 €
Finanzhaushalt Investitionen	10 %	100.000 €

Von den genehmigten Haushaltsüberschreitungen ist der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 114g Abs. 1 HGO Kenntnis zu geben.

§ 8

Sperrn

Die Haushaltsmittel des Finanzhaushaltes für Investitionen - Haushaltsansätze, Haushaltsreste und Verpflichtungsermächtigungen - sind in vollem Umfange gesperrt.

Freigabe erfolgt durch den Magistrat.

Übersteigt der Betrag für ein neues Projekt 500.000 €, ist die Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses einzuholen.

Die bisher erteilten Freigaben aus den Vorjahren behalten ihre Gültigkeit.

§ 9

Besondere Bestimmungen zum Stellenplan

Die Besetzung von neuen bzw. frei werdenden Stellen wird gesperrt.

Eine Freigabe erfolgt durch den Haupt- und Finanzausschuss nach Darlegung der Notwendigkeit der (Wieder-) Besetzung.

Die bereits getroffenen Personalentscheidungen behalten ihre Gültigkeit.

zu 6

Besetzung des Ortsgerichtes Marburg IV (Bauerbach, Ginseldorf, Moischt und Schröck)

Vorlage: VO/0806/2008

Die Vorlage wurde in der heutigen Sitzung des Wahlvorbereitungsausschusses beraten. Aus dieser Sitzung berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Metz (Marburger Linke).

Für das Ortsgericht Marburg IV sind zwei Ortsgerichtsschöffen/innen zu wählen. Die Wahlvorschläge sind in der Magistratsvorlage aufgeführt. Weitere Wahlvorschläge wurden auch im Wahlvorbereitungsausschuss nicht vorgetragen.

Folgende Vorschläge liegen vor:

Herr Dr. Horst Wiegand

Herr Andreas Sprenger

Frau Sylvia Bandte

Im Wahlvorbereitungsausschuss wurde eine geheime Abstimmung nicht beantragt. Somit empfiehlt der Wahlvorbereitungsausschuss einstimmig, die Wahlen auf Grund der vorliegenden Wahlvorschläge offen durch Handzeichen durchzuführen.

Weitere Wahlvorschläge werden auch aus den Reihen der Stadtverordneten nicht vorgetragen. Der offenen Abstimmung durch Handzeichen wird nicht widersprochen.

Somit lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die zu besetzenden Positionen offen durch Handzeichen abstimmen.

Für die Bewerber um das Amt des Ortsgerichtsschöffen/schöffin werden folgende

Stimmen abgegeben:

Sylvia Bandte:

Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken.

Andreas Sprenger:

Ja-Stimmen der CDU, FDP und MBL.

Dr. Horst Wiegand:

Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken.

Nunmehr stellt der Stadtverordnetenvorsteher das Wahlergebnis fest. Zu Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgerichts Marburg IV sind die Bewerber/in Sylvia Bandte und Dr. Horst Wiegand mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten gewählt.

zu 7

Wirtschaftsplan für den Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg (DBM) für das Geschäftsjahr 2009

Vorlage: VO/0809/2008

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linken mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem vorgelegten Wirtschaftsplan des Dienstleistungsbetriebs der Stadt Marburg (DBM) für das Geschäftsjahr 2009 zu.

zu 8

Bestellung des Wirtschaftsprüfers für das Geschäftsjahr 2008

Vorlage: VO/0816/2008

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Bestellung der Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrichstraße 11, 34117 Kassel, als Wirtschaftsprüfer für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2008 für den Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg zu.

**zu 9 Wirtschaftsplan 2009 der Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH und der Marburger Service GmbH
Vorlage: VO/0832/2008**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die beigefügten Wirtschaftspläne 2009 der Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH sowie der Marburger Service GmbH.

**zu 10 Wirtschaftsplan 2009 der Stadtwerke Marburg GmbH
Vorlage: VO/0798/2008**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan 2009 der Stadtwerke Marburg GmbH wird zugestimmt.

**zu 11 Wirtschaftsplan 2009 des Fachdienstes städtische Bäder
Vorlage: VO/0881/2008**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2009 des Fachdienstes städtische Bäder wird beschlossen.

**zu 12 Marburger Ortsrecht
hier: Ehrungsrichtlinien der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/0720/2008**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage des Magistrats.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die beigefügten Ehrungsrichtlinien der Universitätsstadt Marburg werden beschlossen.

**zu 13 Marburger Ortsrecht
hier: Satzung über die Ehrung verdienter Persönlichkeiten durch die
Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/0721/2008**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die beigefügte Satzung über die Ehrung verdienter Persönlichkeiten durch die Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

**zu 14 Marburger Ortsrecht
hier: XII. Nachtrag zur Hauptsatzung der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/0722/2008**

Die Vorlage wurde im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt, da noch eine Anhörung des Ortsbeirates Richtsberg erfolgen soll.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage ebenfalls zurück.

**zu 15 Marburger Ortsrecht
hier: VII. Nachtrag zur Gebührenordnung für die Volkshochschule der
Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/0743/2008**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktionen Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der beigefügte VII. Nachtrag zur Gebührenordnung für die Volkshochschule der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

**zu 16 Städtebauliche Rahmenplanung Ockershausen
Vorlage: VO/0399/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Rahmenplanung Ockershausen wird als Grundlage für weitergehende Planungsschritte beschlossen.

**zu 17 Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 7/6 "Wassergasse - Schubelackerweg" der Stadt Marburg
Vorlage: VO/0821/2008**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den im beiliegenden Übersichtsplan gekennzeichneten Bereich wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 7/6 "Wassergasse - Schubelackerweg", gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

**zu 18 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines
Bebauungsplanes im Bereich östlich der Stadtwaldstraße im Stadtteil
Ockershausen
Vorlage: VO/0830/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet ebenfalls der Stadtverordnetenvorsteher. Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Die Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Marburg Nr. 5/9 „Östliche Stadtwaldstraße“ wird gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.**
- 2. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 5/14 „Östliche**

Stadtwaldstraße“ wird gemäß § 2 BauGB in Verbindung mit § 11 BauGB beschlossen.

zu 19 Dringlichkeitsanträge

Es liegen keine Anträge zur Beschlussfassung vor.

zu 20 Anträge der Fraktionen

**zu 20.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Änderung der Satzung des Denkmalbeirats
Vorlage: VO/0029/2008**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Im Bau- und Planungsausschuss ist der Antragstext auf folgende Fassung abgeändert worden:

Der Denkmalbeirat verfasst jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit, trägt ihn in den Fachausschüssen vor und stellt ihn zur Diskussion. Der Bericht wird als Kenntnisnahme behandelt.

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser geänderten Antragsfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Denkmalbeirat verfasst jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit, trägt ihn in den Fachausschüssen vor und stellt ihn zur Diskussion. Der Bericht wird als Kenntnisnahme behandelt.

**zu 20.2 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Kreativspielplatz
Vorlage: VO/0511/2008**

Für den Sozialausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Antrag ist im Sozialausschuss auf folgende Fassung abgeändert worden:

Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit Eltern und vielleicht größeren Kindern auf ausgewählten Spielplätzen neue bzw. ungewohnte Objekte, die ein vielfältiges und phantasievolles Spielangebot möglich machen, aufzustellen, z. B. einen alten Traktor oder eine Dampfwalze. In Erwägung zu ziehen sind auch Elemente eines Waldspielplatzes.

Der so geänderte Antrag wurde im Sozialausschuss angenommen und zur weiteren Beratung an das Kinder- und Jugendparlament überwiesen.

Der Bericht des Kinder- und Jugendparlamentes ist in der heutigen Vorlage der Stadtverordnetenversammlung abgedruckt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit Eltern und vielleicht größeren Kindern auf ausgewählten Spielplätzen neue bzw. ungewohnte Objekte, die ein vielfältiges und phantasievolles Spielangebot möglich machen, aufzustellen, z. B. einen alten Traktor oder eine Dampfwalze. In Erwägung zu ziehen sind auch Elemente eines Waldspielplatzes.

**zu 20.3 Antrag der MBL-Fraktion betr. "Grüner Pfeil" im Straßenverkehr
Vorlage: VO/0707/2008**

Der Antrag wurde im Umweltausschuss beraten. Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet anhand der Niederschrift. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob im Stadtgebiet Marburg an geeigneten Stellen im Straßenverkehr der Universitätsstadt Marburg der in der früheren DDR so erfolgreiche "grüne Pfeil" eingeführt werden kann.

**zu 20.4 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Kostenloser Kinderteller in den Mensen für Kinder von Studierenden
Vorlage: VO/0713/2008**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU-Fraktion und der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, mit dem Marburger Studentenwerk in Verhandlungen zu treten, dass für Kinder von Studierenden an der Philipps-Universität ein kostenloser Kinderteller in den Mensen eingeführt wird.

**zu 20.5 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Verkehrsberuhigung
Zeppelinstraße
Vorlage: VO/0714/2008**

Der Antrag wird vertagt bis zur Januar-Sitzung.

**zu 20.6 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Städtebauliche
Rahmenplanung Lahnberge
Vorlage: VO/0715/2008**

Der Stadtverordnete Dr. Uchtmann stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag für erledigt zu erklären. Gegen diesen Geschäftsordnungsantrag spricht die Stadtverordnete Mehnert (CDU).

Der Stadtverordnete Stompfe (CDU) bezieht sich auf die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses, in der der Stadtverordnete Jannasch (CDU) darum gebeten hat, eine Protokollnotiz aufzunehmen.

Die CDU-Fraktion hat dem Antrag zugestimmt, die Begründung wird in dieser Form jedoch nicht akzeptiert.

Der Stadtverordnete Becker (SPD) beantragt zu diesem Antrag noch nachträglich die Aussprache. Folglich wird die Vorlage heute nicht beraten und vertagt bis zum Januar.

**zu 20.7 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen /SPD betr. Klärung von
Bodenbelastungen durch bleihaltige Korrosionsschutzanstriche von
Freileitungsmasten
Vorlage: VO/0716/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert,

- 1. sich mit den Eigentümern von Stromleitungsmasten im Stadtgebiet in Verbindung zu setzen, um zu klären, ob deren Freileitungsmasten mit bleihaltigen Korrosionsanstrichen versehen sind,**
- 2. bei einer bestehenden Gefahrenlage, die zuständigen Behörden zu informieren.**

**zu 20.8 Antrag der FDP-Fraktion betr. Problemfeld Marburg-Mitte
Vorlage: VO/0736/2008**

Zu diesem Antrag ist eine Aussprache angemeldet.
Der Antrag wird daher vertagt bis zur Januar-Sitzung.

zu 20.9 **Antrag der FDP-Fraktion betr. Streetworker für Marburg-Mitte**
Vorlage: VO/0737/2008

Die Stadtverordnete Schwebel (FDP) erklärt den Antrag für erledigt.
Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 20.10 **Antrag der MBL-Fraktion betr. Optimierung der Verwaltung**
Vorlage: VO/0738/2008

Zu diesem Antrag ist eine Aussprache angemeldet.
Der Antrag wird daher vertagt bis zur Januar-Sitzung.

zu 20.11 **Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Zweiter öffentlicher Campus-Workshop der Stadt Marburg und der Philipps-Universität 2009**
Vorlage: VO/0745/2008

Zu diesem Antrag ist eine Aussprache angemeldet.
Der Antrag wird daher vertagt bis zur Januar-Sitzung.

zu 20.12 **Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Denkmaltopographie**
Vorlage: VO/0746/2008

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, auf das Landesamt für Denkmalpflege in Hessen schriftlich einzuwirken, die Denkmaltopografie Marburg II unverzüglich in gedruckter oder digitaler Form endlich vorzulegen.

zu 20.13 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Verlegung der Lichtzeichenanlage in der Universitätsstraße**
Vorlage: VO/0747/2008

Für den Umweltausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet ebenfalls der Stadtverordnetenvorsteher. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, im Zuge der Umgestaltung der Universitätsstraße die Lichtzeichenanlage (LZA), die sich derzeit in Höhe ehemaligen Südpost befindet, an die Einmündung der Bismarckstraße zu verlegen.

**zu 20.14 Antrag der CDU-Fraktion betr. Beleuchtung der Verbindungstreppe
Universitätsstraße - Barfußertor
Vorlage: VO/0749/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Vorlage wurde auch im Bau- und Planungsausschuss beraten. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt ebenfalls die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, an der Verbindungstreppe Universitätsstraße (in Höhe des Hauses Nr. 47) - Barfußertor eine Beleuchtung anzubringen.

**zu 20.15 Antrag der CDU-Fraktion betr. Sicherheitsdienst in Marburg-Mitte
Vorlage: VO/0755/2008**

Zu diesem Antrag ist eine Aussprache angemeldet.
Die Vorlage wird daher vertagt bis zum Januar.

**zu 20.16 Antrag der MBL-Fraktion betr. Konzept für Problembereiche
Vorlage: VO/0790/2008**

Zu diesem Antrag ist eine Aussprache angemeldet.
Die Vorlage wird daher vertagt bis zum Januar.

**zu 20.17 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Entwicklung des Areals
um das Kulturzentrum Waggonhalle
Vorlage: VO/0791/2008**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Antragstext hat im Schul- und Kulturausschuss folgenden ergänzten Beschlusstext erhalten:

„Der Magistrat wird aufgefordert, auf der Grundlage der Ergebnisse der

Zukunftswerkstatt zusammen mit den Interessierten ein Konzept zur kulturpolitischen und städtebaulichen Entwicklung des Areals um das Kulturzentrum „Waggonhalle“ zu entwickeln, mit dem Ziel, dieses Areal als Standort der Kunst und Kulturwirtschaft auszubauen, an dem öffentlich geförderte freie Träger und privatwirtschaftliche Interessenten zusammengeführt werden.“

In dieser Fassung empfiehlt der Schul- und Kulturausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der CDU und der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, auf der Grundlage der Ergebnisse der Zukunftswerkstatt zusammen mit den Interessierten ein Konzept zur kulturpolitischen und städtebaulichen Entwicklung des Areals um das Kulturzentrum „Waggonhalle“ zu entwickeln, mit dem Ziel, dieses Areal als Standort der Kunst und Kulturwirtschaft auszubauen, an dem öffentlich geförderte freie Träger und privatwirtschaftliche Interessenten zusammengeführt werden.

**zu 20.18 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung
Vorlage: VO/0805/2008**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Antrag an den Ältestenrat zur weiteren Beratung überwiesen.

Auch die Stadtverordnetenversammlung überweist die Vorlage an den Ältestenrat. Dieser wird sich im neuen Jahr damit befassen.

Die Vorlage wird zurückgestellt.

**zu 20.19 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Schlafampeln
Vorlage: VO/0813/2008**

Für den Umweltausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob statt einer nächtlichen Abschaltung der Ampeln an Fußgängerüberwegen Schlafampeln installiert werden können und welchen zeitlichen und finanziellen Aufwand dies bedeuten würde.

**zu 20.20 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Börsengewinn-Spiel
Vorlage: VO/0855/2008**

Zu diesem Antrag ist eine Aussprache angemeldet.
Die Vorlage wird daher zurück gestellt bis zur Januar-Sitzung.

**zu 20.21 Antrag der MBL-Fraktion betr. Gewissensfreiheit von Abgeordneten
Vorlage: VO/0873/2008**

Zu diesem Antrag ist eine Aussprache angemeldet.
Die Vorlage wird daher zurück gestellt bis zur Januar-Sitzung.

**zu 20.22 Antrag der FDP-Fraktion betr. Parteipolitische Neutralität des
Oberbürgermeisters
Vorlage: VO/0875/2008**

Zu diesem Antrag ist eine Aussprache angemeldet.
Die Vorlage wird daher zurück gestellt bis zur Januar-Sitzung.

**zu 20.23 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Ideenwettbewerb Rudolphsplatz
Vorlage: VO/0879/2008**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Im Bau- und Planungsausschuss sind die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen dem Antrag beigetreten. Im übrigen empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU-Fraktion und Enthaltung der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, einen Ideenwettbewerb „Rudolphsplatz“ auszuschreiben und dabei sowohl die Verkehrsführung als auch die Platzgestaltung planerisch zu überarbeiten und zielführende Vorschläge für den Verkehrsfluss und die Aufenthaltsqualität entwickeln zu lassen. Die Planungsgrenzen sollen den Straßen- und Fußgängerbereich, die Weidenhäuser Brücke und das Fronhofgelände bis Savignyhaus einschließen.

zu 21 Kennntnisnahmen

**zu 21.1 Zertifizierung des Stadtwaldes nach FSC-/Naturlandrichtlinien
Vorlage: VO/0625/2008**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 21.2 Energiebericht 2008
Vorlage: VO/0754/2008**

Zu diesem Antrag ist eine Aussprache angemeldet.
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 21.3 Haushalt 2008
hier: Überplanmäßige Ausgabe bei der Hst. 8820/5000 "Bauunterhaltung"
Vorlage: VO/0773/2008**

Zu diesem Antrag ist eine Aussprache angemeldet.
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 21.4 Überplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt 2008
Vorlage: VO/0774/2008**

Zu diesem Antrag ist eine Aussprache angemeldet.
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 21.5 Medizinische Versorgung am Universitätsklinikum Marburg
Vorlage: VO/0828/2008**

Zu dieser Kenntnisnahme ist eine Aussprache angemeldet worden.
Die Vorlage wird daher zurückgestellt bis zu Januar-Sitzung.

**zu 21.6 Überplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt
Vorlage: VO/0837/2008**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 21.7 Überplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt 2008
Vorlage: VO/0887/2008**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 21.8 Unterrichtung des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 28 GemHVO-1974
Entwicklung der Budgets 28.200 und 28.300 der FDe Zentrale
Jugendhilfedienste
Vorlage: VO/0839/2008**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 21.9 Resolution: IC-Netz sichern und ausbauen
Vorlage: VO/0882/2008**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 21:56 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Becker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen

Dringlichkeitsantrag
Tabelle Einzelabstimmung zum Haushalt
Nachgereichte Anträge zum Haushalt